



Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB, Nationalrat

Referendum gegen die Abschaffung der Stempelsteuer

Mit einem Nein am 13. Februar die Prioritäten zurechtrücken

Würde man die Bevölkerung zu den Prioritäten in der Finanzpolitik befragen, würden mit Sicherheit die Krankenkassenprämien erwähnt. Steigende Zwangs- und Pflichtausgaben. Stagnierende Kaufkraft. Schwierigkeiten, das Monatsende zu überbrücken oder den Enkeln ein Weihnachtsgeschenk machen zu können. Eines ist sicher: Gewiss nichts hören würde man von der Notwendigkeit, mit der Abschaffung der Stempelsteuer auf die Emission von Eigenkapital auf einige hundert Millionen Franken Steuereinnahmen zu verzichten.

Und das nicht ohne Grund. Die Stempelsteuer in ihrer heutigen Form stellt für Unternehmen, die ihr Kapital aufstocken wollen, kein nennenswertes Problem dar. Es gibt daher keinen Grund, sie abzuschaffen. Denn dies wäre nur eine weitere Erleichterung zugunsten der Unternehmen und derjenigen, die sie besitzen.

Ganz offensichtlich versucht die Mehrheit, die diesen Entwurf beschlossen hat, nicht, die wichtigsten Probleme zu lösen, mit denen die Arbeitnehmenden oder RentnerInnen in diesem Land konfrontiert sind. Stattdessen verfolgt sie im Gegenteil auf leisen Sohlen das Ziel, die Steuern für grosse Vermögen und Unternehmen immer weiter zu senken, während jeder Rappen, den die Familien in diesem Land ausgeben, selbstverständlich besteuert wird. Die Stempelsteuer abzuschaffen, während jedermann Steuern auf sein Einkommen, Zwangsabgaben wie Krankenkassenprämien und dazu noch die Mehrwertsteuer auf jeden Einkauf zahlt: Die Ungerechtigkeit dieses Vorschlags ist offensichtlich.

Wir werden für eine Ablehnung durch das Stimmvolk kämpfen, wie wir es bereits in der Vergangenheit bei ungerechten Steuervorschlägen getan haben. Wir werden für ein klares und vernichtendes Nein kämpfen, nicht nur, weil diese Reform wirtschaftlich unsinnig und steuerlich ungerecht ist, sondern auch, um die Prioritäten wieder zurechtzurücken. Die Herausforderung besteht darin, die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung zu stärken, und nicht darin, eine Steuer abzuschaffen, die per Definition nur die Besitzer bedeutender Kapitalsummen trifft.